

couragiert

Magazin für demokratisches Handeln und Zivilcourage

Dossier
ASYL

mit Texten von
Olaf Sundermeyer
und **Lamya Kaddor**



ICH

UND DIE ANDEREN

So klappt es mit dem
„Blick über den Tellerrand“

Endlich Tacheles reden

Wütende Proteste und resignierendes Schweigen. Gedanken über die Zukunft der politischen Kommunikation.

Politisches Kabarett

In der ZDF heute-show nimmt Dietmar Wischmeyer die Politik aufs Korn. Ein Plädoyer für intelligente Unterhaltung.

couragiert
unterwegs:





Liebe Leserinnen und Leser,

was passiert hier? Heidenau, Meißen und Freital – mein Zuhause. Das Wohlempfinden hat in den letzten Wochen einen herben Dämpfer hinnehmen müssen. Die gewalttätigen Ausschreitungen sind entsetzlich und machen betroffen. Machtlosigkeit mischt sich mit Wut, Empörung paart sich mit dem unbedingten Willen etwas zu tun, so wie es unzählige Deutsche dieser Tage vormachen. Sie tun es aus reiner Nächstenliebe, weil die Stimme der Vernunft zu ihnen spricht. Sie verdeutlicht, warum wir anderen Menschen, die in Not geraten sind, helfen sollten.

Eigentlich schien vieles hinter uns zu liegen. Die Gewaltexzesse Ewiggestriger und die rechts-extreme Hetze der NPD aus den frühen Jahren der Wiedervereinigung verblassten. Und doch sind es genau diese Zeilen, die die Realität abbilden: „Weil täglich immer mehr passiert, weil der Hass auf Fremde eskaliert und keiner weiß, wie und wann man diesen Schwachsinn stoppen wird.“ Mit „Willkommen in Deutschland“ besangen die Toten Hosen die Asyldebatte – allerdings schon 1993.

Hinzugekommen sind die tagtäglichen, von Hass und Verschwörung gelenkten Kommentare in den sozialen Netzwerken, die jeden, aber auch wirklich jeden animieren sollten, Partei zu ergreifen, um das Internet nicht den Empathielosen zu überlassen, die immer noch am lautesten lärmten. Es sind doch vielmehr alle Engagierten, die eine unüberhörbare Stimme verdienen, die bislang leider noch viel zu leise tönt.

lur
Waurig
Tom Waurig
Chefredakteur

Spektrum

Große Leser-Umfrage: Kritisieren und gewinnen	4
Reportage: Sea Shepherd auf den Färöer-Inseln	5
Bundesprogramm „Demokratie leben!“	6

Menschen 16

Verfassungsschutzpräsidentin
Maren Brandenburger

Dossier: Asyl 7

Nicht der Wut weichen

Stammtischparolen	8
Willkommensbündnisse	9
Einwohnerversammlungen	10
Engagement für Flüchtlinge	12
Zehn Tipps für Kommunen	13
Deutschlands Zukunft	14

Thema 18

Internationale Projekte

Erfahrungen im Ausland	21
Europas Zivilgesellschaft	22
Finanzierung und Programme	23
Das Leben an der Grenze	24
Internationaler Austausch	26

Werkstatt

Bitcoins – die Zahlungs-Revolution	30
Über die Zukunft der politischen Kommunikation	31

Projekte 28

Keine Demokratie-Missionare

Perspektive 38

Stieg Larssons Prophezeiung

Rubriken

Politische Bildung	34
Kolumne „Zwischenruf“	36
Buch-Tipps und Neuheiten	37
Impressum und Vorschau	41
Außer Konkurrenz	42

Im Angesicht der Angst

Immer öfter führt die Aufnahme von Flüchtlingen zu heftigen Konflikten unter den Bürgern. Frühzeitige Kommunikation und Beteiligung sind anstrengend, helfen aber Konflikte abzufedern. Ein Erfahrungsbericht aus Brandenburg.

Von Dirk Wilking

Die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften wird regelmäßig durch rechtsextreme Kampagnen begleitet. In ländlichen Regionen kommt es zu teilweise heftigen Reaktionen. Die Kommunalvertreter haben große Probleme, die radikalen Äußerungen von NPD und anderen rechtsextremen Gruppen zu bewerten und ihrerseits Stellung zu beziehen. Morddrohungen, tausende Gefällt mir-Klicks und die Furcht vor einer „Bürgerbewegung“ führen zur Verunsicherung.

Überwiegend handelt es sich um ein Kommunikationsdefizit, weil sich Kommunen überrollt fühlen und es oft auch sind. Das strukturelle Problem, dass die Landkreise für die Unterbringung der Flüchtlinge zuständig sind und die betroffenen Kommunen praktisch keinerlei Mitsprache haben, lässt sich nur mit gutem Willen auf beiden Seiten lösen.

Der Bevölkerung ist klarzumachen, dass Beteiligung keineswegs einem Bürgerentscheid gleicht. Garantierte Rechte lassen sich nicht durch kommunale Entscheidungen aushebeln. Aber wenn ein Verwaltungsakt unmittelbar auf die Lebensverhältnisse einer Kommune einwirkt, ist es nur vernünftig, deren Bedenken zu hören, ernst zu nehmen und zu diskutieren.

Kontroverse Gespräche

Ein Beispiel: Am Rande einer Kleinstadt leben 100 Menschen. Das dortige Flüchtlingsheim fasst bereits 150 Bewohner. Nach den Vorstellungen des Landratsamtes sollen die Kapazitäten noch einmal verdoppelt werden. In der Einwohnerversammlung argumentierten die Anwohner, dass sie mit „ihren Flüchtlingen“ gut zusammenleben, bei 300 die Gemengelage im Stadtteil aber problematisch würde. Sie plädierten dafür, die zusätzlichen Flüchtlinge woanders unterzubringen.

Die Kreisverwaltung nahm diesen Vorschlag letztlich an. An dem nun angedachten Standort gründete sich ebenfalls eine Bürgerinitiative, die sich „Pro Integration und gegen Massenunter-



Es gibt verschiedene Formate, um über Flüchtlingsunterkünfte zu debattieren.

künfte“ nannte, um Rechtsextremisten von der Teilnahme abzuschrecken. Gleichzeitig argumentierten die Mitglieder aber gegen den Standort des Heimes.

Die Initiative versuchte durchzusetzen, die Flüchtlinge in Wohnungen unterzubringen – ohne Erfolg. Auch wenn sich die Kritiker nicht behaupten konnten, sind sie kontroverser Gesprächspartner eines kommunalen Netzwerkes geblieben, das sich mit Integrationsfragen beschäftigt.

Schon in dieser frühen Phase zeigte sich, dass Bürgerbeteiligung ein sehr effektives Mittel sein kann, sofern man sie früh genug einsetzt. Eine Auseinandersetzung mit dem konservativ-kritischen Teil der Bürgerschaft und deren Einbindung erweist sich als mobilisierendes Element in einer Kommune. In Zeiten rasant ansteigender Flüchtlingszahlen fehlt es schlicht und einfach an der nötigen Zeit, um die Bevölkerung frühzeitig einzubinden.

Unangenehme Entscheidungen

Aus Angst vor Wider- und Aufständen kann es vorkommen, dass Politik und Verwaltung versuchen, die Eröffnung von Flüchtlingsunterkünften

möglichst „geräuschlos“ durchzuführen. Dieses Vorgehen ist nicht ratsam und ebnet rechtsextremen Gruppierungen den Weg ins Gemeinwesen, weil sie sich als die „Stimme des Volkes“ aufspielen können.

Bürgermeister und Landräte sind auch deshalb gewählt worden, um unangenehme Entscheidungen zu treffen und diese offensiv und öffentlich zu vertreten. Deshalb ist es ungemein wichtig, mit der Kommunikation zu beginnen, bevor alle Entscheidungen gefällt werden. Darüber hinaus sollten die demokratischen Parteien in die öffentliche Debatte eingebunden werden. Die Bürger erhalten so die Möglichkeit, mit ihren Kreistagsabgeordneten in den Dialog zu treten und Einfluss auf anstehende Entscheidungen zu nehmen. Die Politik wiederum hat Gelegenheit, Vorhaben zu kommunizieren.

Bei einer drastischen Veränderung des Gemeinwesens sollten sich Kommunalpolitiker nicht scheuen, öffentlich Position zu beziehen, auch wenn sie „nicht direkt zuständig“ sind. Sie müssen letztendlich mit der neuen Situation umgehen und die politische Willensbildung der Bevölkerung im Blick haben. Die Erfahrung zeigt, dass sich die Wogen recht schnell glätten lassen, wenn sich alle

Das kann international alles schiefgehen

Achtung, Verwechslungsgefahr. Ein Austauschprojekt ist alles andere als ein erholsamer Urlaub im Ausland. Die Teilnehmer sind keine stillen Konsumenten, sondern energische Mitdenker. Es warten aber noch mehr Stolperfallen ...

Von Natalia Krasowska

Jetzt geht's los: Die Organisation einer Jugendbegegnung ist nicht zu unterschätzen. Oft werden Kleinigkeiten übersehen, die für Panik sorgen. Zeichnen Sie deshalb einen Zeitstrahl von minus zwölf bis plus zwei. Die Zahlen symbolisieren Monate, bei null ist der Zeitpunkt der geplanten Begegnung angesetzt. Ergänzen Sie Feiertage und Ferientermine, sowohl die eigenen, als auch die des Partnerlandes – verschiedenfarbig. In dieser Zeit ist die Kommunikation erschwert.

Ein guter Gast: Egal ob bi- oder multinationaler Austausch, es handelt sich in erster Linie um ein gemeinsames Projekt. Selbstverständlich macht es Sinn, einen Koordinator aus dem Gastgeberland zu benennen, der sich auskennt und für Orientierung sorgt. Er trägt aber nicht die alleinige Verantwortung. Mit der Kommunikation steht und fällt ein solcher Austausch. Unterschiedliche Sprachen sind eine nicht zu unterschätzende Herausforderung – auch im Organisationsteam.

Jeder für jeden: Ihre Gruppe ist ein sensibles Gebilde und die Zusammenstellung existenziell. In den Wochen des Austausches müssen sie auf engstem Raum miteinander auskommen. Zu große Altersunterschiede und grundverschiedene Erwartungen führen schnell zu Konflikten. Daher ist es ratsam, bei der Anmeldung neben biographischen Daten auch die persönliche Motivation, Hobbys oder auch das Sprachniveau abzufragen.

Abwechslungsreich: Museen, Stadtführung, Zeitzeugengespräch – das Programm ist eine diffizile Angelegenheit. Schließlich möchte man nichts verpassen. Es gibt aber kaum etwas Schlimmeres als ein überladenes Programm. Freizeit und Lagerfeuerabende sind ebenso wichtig wie Seminare und Workshops. Begrenzen Sie Ihre Auswahl auf wenige Höhepunkte. Touristenmekka sind zwar nett anzusehen, haben mit den Zielen einer Begegnung aber rein gar nichts zu tun.

Ständig im Multilog: Der Begegnungscharakter ist das A und O eines jeden Austausches und das nicht nur, um die Förderstellen zu befriedigen. Es reicht nicht, Menschen aus aller Welt an einem Ort zu versammeln. Sie sollen Gelegenheit haben, sich kennenzulernen und gemeinsam an einem Projekt zu



Im Volk wächst der Unmut

Dem einfachen Bürger fehlt es am Dialog mit seiner politischen Repräsentanz.

Was folgt, sind wütende Proteste oder resignierendes Schweigen. Fünf Experten-Meinungen über die Zukunft der politischen Kommunikation.

Tacheles reden!

Von Viktoria Bittmann

Wer bei Google nach „Politikverdrossenheit“ sucht, erhält 243 000 Ergebnisse. Das Problem ist bekannt, ernstzunehmende Lösungen aber sind nicht in Sicht. Bei der Frage, wie die Entfremdung zwischen Politik und Bevölkerung überwunden werden kann, werden Social Media gern als Allheilmittel dargestellt. Tatsächlich ermöglichen sie es Politikern, mit Interessierten unkompliziert in Kontakt zu treten. Fakt ist jedoch: Für eine professionelle Betreuung des eigenen Facebook-Accounts hat kein Entscheider Zeit! Hinter den Posts stehen deshalb oft nicht Politiker, sondern deren Mitarbeiter. Die Gefahr, dass ein derart intransparent geführtes Profil mehr Schaden als Nutzen hat, ist nicht zu unterschätzen. Bei Twitter greifen viele Politpromis selbst zum Smartphone. Allein: Dort tummeln sich nicht „normale Wähler“, sondern Journalisten, Politikberater, Politiker, Aktivisten. Um ein Positivbeispiel zu



nennen: Die digitale Bürgersprechstunde ist vor allem in ländlichen Regionen nützlich, um Kontakt zwischen Politik und Bürgern herzustellen. Wichtiger als das Austüfteln innovativer Formate ist jedoch, dass sich die Sprache der Politik ändert. Uniforme Worthülsen und Endlossätze führen dazu, dass Menschen entnervt gedanklich abschalten. Da hilft auch kein lässiges „Twitterinterview“! Flüchtet sich der Interviewte dabei in eine Floskel nach der anderen, ist nicht nur der Erkenntnisgewinn gleich null, sondern die Kluft zwischen Repräsentanten und Repräsentierten auch

keinen Millimeter kleiner. Fazit: Solange abgehobenes Politsprech zur Normalität gehört, wird das Raumschiff, als das viele den Politikbetrieb wahrnehmen, auch künftig weit über den Menschen schweben.

Viktoria Bittmann ist leitende Redakteurin des Fachmagazins „politik & kommunikation“.

Keine Frage des Formats

Von Markus Rhomberg

Die Zukunft der politischen Kommunikation und damit auch der Kommunikation zwischen der Bevölkerung und der Politik wird online vonstattengehen. Und dies mit allen Konsequenzen, die das Netz mit sich bringt: mit dem Abhängen von sozialen Milieus, die aus welchen Gründen auch immer nicht digital verbunden sind; mit der Auflösung traditioneller Medienstrukturen, der Transformation journalistischen Arbeitens und der Weiterentwicklung journalistischer Qualität; der Dialogorientierung von Politikern und Bürgern – sei sie gewollt oder erzwungen – und neu auszuhandelnden Regeln kommunikativen Handelns; der Politisierung von Teilen der Gesellschaft, weil Integration und Debatte möglich ist, bei gleichzeitiger De-Politisierung anderer Teile der Gesellschaft; ständigen Debatten darüber, wie man aus der Informationsblase heraus gesellschaftliche Kompromisse erzielen kann; der Entgrenzung von politischer Kommunikation



über den Nationalstaat hinaus; der Etablierung neuer Meinungsführer, deren Reputation sich an Followern und Likes messen lässt; dem Aufkommen von Themen wie Datenschutz, Transparenz, Big Data und Debatten über die Dominanz multinationaler Daten-Konzerne und die Versuche der Politik, deren Sammel- und Vernetzungswut Grenzen zu setzen.

In einer Zeit, in der wir unendlich viele Möglichkeiten des „hierarchiefreien“ Diskurses hätten, zumindest lauten die Versprechen so, denken Sie nicht, dass es uns an den Formaten fehlt, sondern an einer

Verständigung darüber, welche Qualität kommunikativen Handelns, in welchen gegenwärtigen und zukünftigen Formaten auch immer, wir anlegen wollen.

Prof. Dr. Markus Rhomberg ist Inhaber des Lehrstuhls für Politische Kommunikation an der Zeppelin Universität Friedrichshafen.



Stieg Larssons Prophezeiung

Das schwedische Königreich gilt als demokratischster Flecken der Erde. Gleichzeitig sorgen sich Politiker um das Image des Landes, in dem die rechtsextreme Gewalt zunimmt. Ein Gespräch mit dem Politikwissenschaftler Erik Amnå.

Couragiert-Magazin: Herr Amnå, in Sachen Wahlbeteiligung macht den skandinavischen Ländern keiner so schnell etwas vor. Warum ist das Interesse am schwedischen Parlament so groß?

Erik Amnå: Es gelingt den Parteien, politische Alternativen zu formulieren und die Besonderheit der Wahlen zu verdeutlichen. Auch die schwedischen Medien haben ihren Anteil daran. Die Bürger sehen sich in der Pflicht, ihre Stimme abzugeben und mitzuentcheiden. Darüber hinaus gibt es technische und formale Gründe, die zur Teilnahme animieren – zum Beispiel eine lange demokratische Tradition. Inzwischen kann man auch unter der Woche seine Stimme abgeben in Supermärkten, Bibliotheken oder Universitäten. Letztendlich ist der Wahlakt keine anspruchsvolle, aber eine einfache und effiziente Möglichkeit, Einfluss auf die Politik zu nehmen.

Schwedens Bevölkerung ist nicht nur politisch interessiert, sondern auch sehr zufrieden mit dem Funktionieren ihrer Demokratie. Woher kommt das?

Ja, das stimmt! Viele Studien belegen dieses Phänomen. Im Großen und Ganzen liefern die Politiker einfach das ab, was sie versprechen. Wenn die Bürger doch nicht zufrieden sind, schicken sie bei der nächsten Wahl einen anderen Kandidaten ins Rennen. Unsere große, steuerverzehrende Regierung genießt viel Vertrauen. Korruption ist immer noch die Ausnahme. Dennoch sollten wir uns von hohen Zufriedenheitswerten nicht blenden lassen. Es gibt durchaus Bevölkerungsteile, die der Demokratie feindselig gegenüberstehen.

Wie meinen Sie das?

Einige Schweden haben das Vertrauen in die politische Elite verloren. Sie sind davon über-